

## Chronologie der abschließenden Verhandlungen zum Ausbildungspakt

**21. Oktober 2010:** Der DGB Bundesvorstand berät in einer außerordentlichen Sitzung über den Entwurf einer Vereinbarung für den Ausbildungspakt. Der Vorstand sieht in der vorliegenden Fassung keine ausreichende Grundlage für einen Pakt-Beitritt der Gewerkschaften. Der DGB fordert fünf Änderungen:

- Neue zweijährige Berufsausbildungen können nur im Konsens der Sozialpartner beschlossen werden.
- Es muss eine ehrliche Ausbildungsbilanz geben. Dazu zählt ein differenzierter Blick auf die Jugendlichen in Warteschleifen und Maßnahmen (erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation, Übergangssystem, Altbewerber/innen). Diese Punkte müssen gleichwertiger Bestandteil der gesamten Pakt-Bilanz sein.
- Die Bundesregierung muss sich klar zum Jugendarbeitsschutz auf heutigem Niveau bekennen. Dies betrifft insbesondere einen Verzicht auf die Ausweitung der zulässigen Beschäftigungszeit von Jugendlichen. Auch beim Gesundheitsschutz, den Ruhezeiten sowie dem Beschäftigungsverbot am Wochenende darf es keine Abstriche geben.
- Die Verpflichtung der Wirtschaft mindestens 60.000 neue Ausbildungsplätze, 30.000 neue Ausbildungsbetriebe und 40.000 Einstiegsqualifizierungen einzuwerben, darf nicht abgesenkt werden.
- Die veränderte Ausrichtung des Paktes soll sich auch im Namen widerspiegeln.

Diese Vorschläge waren der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft in den Verhandlungen über Monate bekannt.

**22. Oktober 2010:** Das Kanzleramt macht am Vormittag einen Vorschlag zur Einigung. Der – auch für die Gewerkschaften sehr schwierige – Vorschlag sieht folgende Lösung vor:

- Bei der Bilanz gibt es eine erweiterte Sicht auf Jugendliche in Warteschleifen und Maßnahmen (erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation, Übergangssystem, Zahl der Altbewerber/-innen).
- Zum Jugendarbeitsschutz wird eine Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung des Jugendarbeitsschutzes für alle Ausbildungsverhältnisse“ eingerichtet.
- Es wird keine Absenkung bei der Verpflichtung der Spitzenverbände der Wirtschaft zur Einwerbung neuer Ausbildungsplätze und -betriebe geben.
- Die positive Passage zu zweijährigen Ausbildungsberufen wird gestrichen.
- Der Pakt wird künftig NEUER Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland heißen.

**22. Oktober 2010:** Am Abend werden bei einem Treffen zwischen Bundeswirtschaftsministerium, Bundeskanzleramt und DGB diese Verabredungen in die neue Pakt-Vereinbarung eingearbeitet.

**24. Oktober 2010:** Zu einem vereinbarten Gespräch erscheinen die Vertreter des DIHK nicht. Es wird verabredet, dass der mögliche Kompromiss am Montag auf politischer Ebene in einer Telefonkonferenz besprochen werden soll.

**25. Oktober 2010:** 8.30 Uhr. In einer Telefonkonferenz besprechen Bundeskanzleramt, DIHK und DGB den Kompromissvorschlag für eine Pakt-Vereinbarung. Man einigt sich auf die vom Bundeskanzleramt am 22. Oktober vorgeschlagene Linie.

**25. Oktober 2010:** 9.30 Uhr. In einer Telefonkonferenz beschließt der DGB Bundesvorstand auf Grundlage der jetzt ausgehandelten Einigung den Beitritt zum Neuen Ausbildungspakt.

**25. Oktober 2010:** Am späten Abend erklären die Spitzenvertreter der Wirtschaft, dass sie die gefundene Einigung nicht mittragen werden. In einem Schreiben an das Bundeskanzleramt fordern sie vom Ausbildungspakt ein klares Bekenntnis zu zweijährigen Ausbildungsberufen und zu Verschlechterungen beim Jugendarbeitschutzgesetz.

**25. Oktober 2010:** Auf Druck der Arbeitgeber erklärt die Bundesregierung die Gespräche für gescheitert. Der Ausbildungspakt soll ohne DGB unterzeichnet werden. Die Arbeitgeber hatten gezielt die Messlatte für den DGB so hoch gelegt, dass den Gewerkschaften als Interessenvertretung der jungen Menschen eine Beteiligung am Pakt nicht mehr möglich war.